

die Vielfalt und die Stärkung von Pflanzen- und Tiergesellschaften zum Ziel hat. Dazu bedarf es einer Neuordnung der Verwaltungsstrukturen und in diesem Zusammenhang quartierbezogener **Ansprechpartner**.

Nicht nur **Parks** und große **Grünareale** sind wertvoll, auch Kleingärten **essbare Stadt**, Privatgärten, Randstreifen und Brachgelände sind Lebensraum für Klein- und Kleinstlebewesen, Teile eines funktionierenden Ganzen. Das Verständnis für komplexe Zusammenhänge in Flora und Fauna, auch für Auswirkungen verschiedener Arten von Mobilität auf Stadt und Naturräume, von Konsumgewohnheiten und Ernährungsweise ist erklärungsbedürftig. Schulen und Erwachsenenbildung sind hier eine vordringliche Aufgabe.

Je kleiner die urbane Grünfläche ist, für je mehr Stadtbewohner*innen sie Ausgleichs- und Erholungsaufgaben übernehmen muss, desto höher muss die Qualität dieses Stadtgrüns sein. Vernetzte Flächen, schattenspendende Bäume an Fußwegen sind Kennzeichen solcher Qualität. Die Zuständigkeit für Rasenflächen, Blumen und Bäume, für Unterhaltung, Pflege und Anpflanzung, für Grün im urbanen Zentrum und an der Peripherie ist in Tübingen an verschiedene Ämter angehängt. Der Bedeutung der Aufgabe entsprechend und zur besseren Koordination ist eine Zusammenfassung unter zentraler Leitung notwendig. Die Auswirkungen fortdauernder Pflege sind in einem Monitoring zu evaluieren.

Schlussfolgerung: Mehr Stadtbewohner*Innen, dadurch dichtere Bebauung erfordern ein höherwertiges Stadtgrün.

Stadtentwicklung und Wohnen

Vorbemerkung: Nicht die Politik allein entscheidet, ob Tübingen wächst und mehr Wohnraum braucht. Die Entwicklung von Universität und Klinikum, Wissenschaft und Forschung, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen ist mindestens ebenso ausschlaggebend.

Grundsatz: Die AL befürwortet den Bau zusätzlichen Wohnraums nur dann, wenn nach Grundsätzen ökologischer und sozialer Gerechtigkeit verfahren wird und wenn das Neue sich auch positiv auf bestehendes Siedlungsgebiet auswirkt.

Wir sprechen uns gegen einen Verbrauch offener Flächen aus.

Kennzeichen der erwünschten Verbesserungen sind insbesondere eine Durchmischung der Nutzungen, kurze und Kommunikation begünstigende Wege, die Bezahlbarkeit der Wohnungen sowie Resilienz der Baukörper gegenüber Klimaerhitzung. Voraussetzung für den Bau bezahlbarer Wohnungen ist eine Bodenpolitik, die Baugrund nicht dem privaten Zugewinn überlässt, sondern dauerhaft für gemeinnutz-orientierte Akteure und Verfügungsmodelle bereithält.

Flächenschonende Siedlungsentwicklung ist machbar etwa durch Aufstocken vorhandener Gebäude durch die Umnutzung nach §6a, durch die Überbauung von Parkplätzen und Verkehrsflächen sowie die dichte Nutzung von Stadtbrachen. Zu einer ausgewogenen Sozialstruktur können gleichermaßen robuste wie flexible Haus-Strukturen beitragen, welche die Nutzung in verschiedenen Lebensaltern und unterschiedlichen Sozialformen erlauben. Dies trägt zur Reduzierung des jährlich wachsenden Flächenverbrauchs bei.

Jedliches Überbauen innerstädtischer Flächen ist verbunden mit der Verpflichtung, dem Klimawandel in der Stadt entgegen zu wirken: grüne Fassaden, solare Dächer mit begrüntem Unterbau, entsiegelte Wege, dezentrale Grünanlagen. In diesem Zusammenhang steht auch die Erhaltung der Frischluftschneisen in der Stadt. Ein durchdachtes Regenwasser- Quellwasser-, und Grundwassermanagement und eine Möglichkeit der Oberflächenwasserversickerung muss entwickelt werden.

Schlussfolgerung: Für Wohnungsbau, Siedlungsentwicklung und Stadtreparatur im vorgenannten Sinn stehen in Tübingen mehr Flächen zur Verfügung als innerhalb eines Jahrzehnts bebaut werden können: Queck-Areal, Marienburger Straße, Westbahnhof, Mühlbachacker, Waldhäuser-Ost, Hechinger Eck und Stuttgarter Straße. Die Bebauung des Saibens verbietet sich also.

**ALTERNATIVE & GRÜNE LISTE
TÜBINGEN E.V.
POSTSTRASSE 2- 4 - 72072 TÜBINGEN
buero@alternative-liste.de**



Das ist uns wichtig für die OB Wahl 2022

Mobilität Rad

und **zu Fuß gehen** spielen in der Tübinger Mobilitäts- + Klimadebatte eine wichtige Rolle. Hier muss Bedeutung und Wirkung mit hoher Priorität gefördert werden. Die Bereitschaft und Möglichkeit des Gehens muss durch unterschiedliche - soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte gefördert werden. Welche Strategien förderlich sind für das Gehen und die Systematisierung der Erfahrungen mit **der Stadt der kurzen Wege** wollen wir gemeinsam diskutieren.

PKW Mobilitätskosten: Hier besteht großer Handlungsbedarf. Parken ist sehr teuer. Erschwingliches Wohnen ist dadurch fast nicht mehr realisierbar. Neue Parkmodelle sind hier dringend notwendig.

Trotz Bemühungen einer Verkehrswende steigen die PKW Zahlen, stärker als die Einwohnerzahlen. Gleichzeitig werden PKWs voluminöser. Immer mehr Raum wird dadurch beansprucht. Auch E-Autos bringen keine Verbesserung. Carsharing ist hier bereits sehr erfolgreich und wird weiterentwickelt. Die entscheidende Frage ist: Wie kann die Zahl der PKWs reduziert werden, um Raum für andere Mobilitätsformen sowie für den städtischen Alltag zurückzugewinnen.

Energie

Ausschließlich **Förderung/ Planung** regenerativer Energien wie Sonne, Wind, Wasser, Biogas aus Pflanzenresten Abfällen und Gülle.

Energiegenossenschaften ermöglichen und gründen, für die Finanzierung von großen Solaranlagen und Windrädern, so werden Betroffene, Anwohner*Innen und sonstige Beteiligte einbezogen. (Südstadt, Weilheim, Kressbach, Pfrondorf, Bebenhausen,...) Energiespeicher errichten, unterstützen, fördern. Keine Großinvestoren, nur nachhaltige Organisationen.

Energiegewinnungsbereiche, wie Photovoltaik große Dächer (Lagerhallen, Firmengebäude, Supermärkte...) und Freiflächen nach streng ökologischen Kriterien mit Solarmodulen belegen. Finanzielle Unterstützung durch Beteiligung bspw. der SWT; Werbung für PV auf Privaddächern im Bestand; Pachtmodelle fördern; Gemeinschaftsanlagen auf großen Wohndächern, kombiniert mit Begrünung; Auch im Straßenraum wäre PV mit aufgeständerten PV Anlagen denkbar.

Solarthermische Anlagen für Wärmenetze in Quartieren und Baugebieten.

Windanlagen aller windhöfigen Standorte auf Tübinger Gemarkungen, sollten für Windanlagen erkundet und dann naturschutzrechtlich begutachtet werden. Großholz B 28 (Kusterdingen), Rammert bei Weilheim, Schönbuch Eichenfirst bei Pfrondorf. Weitere Standorte, vorallem im Schönbuch z.B. Weiler Hütte (Weil i. Schönbuch), Königliche Jagdhütte (Entringen), Bromberg (Holzgerlingen) zum Teil leicht d.h. ohne große Waldrodung zu erschließen, daher zu bevorzugen. Natürlich gemeinsam mit den Gemeinden.

Energiesparen, dieser Punkt wurde im Klimaschutzprogramm bereits festgeschrieben. Nun muss ein Konzept erstellt und umgesetzt werden.

Klimafreundlich einkaufen ist im Klimaschutzprogramm festgeschrieben. Es beinhaltet die Förderung regionaler Produkte, Hofläden, fleischreduzierter Nahrungsmittel, innerstädtischen Einkaufens ohne Auto. Containern legalisieren, Tauschbörsen, Reparaturhilfen und Müllvermeidungskonzepte. Diese Maßnahmen tragen erheblich zum Energiesparen bei.

Beteiligung der Bürgerinnen + Bürger

Die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger erachten wir als sehr wichtig.

Bürger*Innenräte zufällig ausgewählt, können ein wichtiges Werkzeug sein. Sie befassen sich mit einem Projekt und werden dann vom Gemeinderat gehört, ohne selbst mitzuentscheiden. Vorteil: Es werden nicht immer nur die gleichen Wichtigen angehört. Der Gemeinderat muss das Recht bekommen, solche Räte nach bestimmten Kriterien und einer sozialen Differenzierung der Zufallsauswahl, je nach Projekt, zu beschließen.

Eine weitere Möglichkeit auf Entscheidungen des Gemeinderats einzuwirken, gibt es auch durch Druck auf die **Ortschaftsräte**, die aber nur bei eingereichten Vorlagen aktiv werden. Sie haben nach der Gemeindeordnung ein Vorschlagsrecht für den Gemeinderat (§ 70 Abs. 1 Satz 3). Die Ortsbeiräte haben immerhin auch ein Empfehlungsrecht für Gemeinderat und Verwaltung (Ortsbeirats-Geschäftsordnung § 2). Da ist Druck potentiell besonders sinnvoll und nötig, weil das anscheinend wenig wahrgenommen wird.

Informationsveranstaltungen und Workshops, in denen anstehende Projekte und Entscheidungen diskutiert werden, sind hier wichtig. Ebenso Begleitkreise, digitale Umfragemöglichkeiten und Bürgerinitiativen.

Kultur Kulturzentrum EUROPAPLATZ:

Konzert- und Kongresshalle

Der Ort, der Eingang zum Stadtzentrum vom Bahnhof aus, spricht für sich. Das ist sowohl für Konzerte wie Kongresse ein idealer Standort. Für Kongresse, weil es hier in Tübingen dafür noch gar nichts gibt. Die Halle sollte 1.000 Personen fassen. Sehr geeignet wäre hier das Konzept der Tonhalle Zürich 2019. Das hat eine optimale Akustik (Sir Simon Rattle findet sie besser als die der Berliner Philharmonie) und es ist auch eine preiswerte Lösung.

www.algruene-tue.de

Kulturnutzung außerhalb der Halle

Die Bebauung des Europaplatzes neben der Halle soll nach dem Standard unserer Stadt sicher gemischt sein. Dazu gehört neben der Halle auch Kultur und Gastronomie.

Beides ließe sich attraktiv verbinden, indem der Ort zu einem **Präsentations- und Treffpunkt der Partnerstädte und Vereine** wird, mit kulinarischen Angebot im Stil der Markthalle Freiburg und einem Raumbereich für partnerschaftsstädtische Aktivitäten. Auch für Clubs würde der Gebäudebereich neben der Halle attraktiv sein, gibt es da doch kein großes Lärmproblem, weil es wenige Anwohner*Innen gibt.

Bauten und Umfeld müssen natürlich ein Aushängeschild für Klimaneutralität und die Fußgängerfreundlichkeit sein. Der ganze Baubereich muss unbedingt im Eigentum der Stadt bleiben. Eine kluge, differenzierte Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ist unabdingbar für dieses Projekt. Auch die Städtepartnerschaftsvereine sollen miteinbezogen werden.

Kalthalle WHO: Sollte für Konzerte u.a. Veranstaltungen nutzbar sein wie die Panzerhalle.

Bahnbetriebswerk: Was wird daraus? Noch gehört es der Bahn. Wenn Stuttgart21 fertig ist, gibt sie es vielleicht ab. Dann sollte die Stadt es kaufen. Für ein Kulturzentrum für die Jugend wäre es ein idealer Platz.. **Talcampus Uni:** Die Räumlichkeiten des Kupferbaus können breiter genutzt werden. Kooperationsmöglichkeiten mit der Uni wären hier interessant. Die Frage nach einem Ersatz für den Bierkeller, der unterhalb der Mensa war. Hier ließe sich evtl auch ein Kulturbezug herstellen?

Stadtgrün

Vorbemerkung: Wenn wachsende Städte ihren zunehmenden Flächenbedarf nicht am Siedlungsrand sondern durch Innenentwicklung befriedigen, geraten innerstädtische Grünflächen unter Druck.

Grundsatz: Für die AL ist das Grün in der Stadt keine Restgröße, sondern sie misst ihm im Gegenteil einen höheren **Eigenwert** bei, als bisher. Das soll sich in rücksichtsvoller Nutzung von Parks, Anlagen und Freiflächen sowie in einer Pflege ausdrücken, welche

